

Monatsspiegel



November 2021



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Sondierungspapier macht Hoffnung auf eine progressive Regierung

Ein Sondierungspapier ist noch kein Koalitionsvertrag. Dennoch ist bereits auf dieser unkonkreten Ebene klar: „die Ampel“ würde der SPD die Umsetzung nahezu aller zentralen Wahlversprechen ermöglichen. Konkret konnte die SPD in den Sondierungen durchsetzen:

12 Euro Mindestlohn, die Stärkung der Gewerkschaften, ein stabiles Rentenniveau, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr (davon mindestens 100.000 gefördert), die Kindergrundsicherung und eine Reform des BAföGs. Wichtig und richtig ist, dass deutlich mehr in den Klimaschutz investiert wird und der Ausbau der erneuerbaren Energien massiv beschleunigt wird. Auch eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, des Familienrechts und des Transsexuellen-

rechts wird im Sondierungspapier thematisiert. Es sieht also derzeit danach aus, als ob die Großzahl der SPD-Forderungen aus dem Wahlkampf auch umgesetzt werden kann. Einige Projekte, die uns als Sozialdemokrat:innen auch am Herzen liegen, finden sich allerdings im Sondierungspapier nicht wieder und vermutlich werden wir hier keinen zufriedenstellenden Kompromiss mit der FDP erzielen. Eine Steuerreform, die von besonders reichen Menschen einen höheren Beitrag zur Finanzierung der Daseinsvorsorge einfordert, wird es nicht geben. Bei der Bürger:innenversicherung wird man sich ebenfalls nicht einigen können. Bei Haushaltsfragen deuten sich bei den Verhandlungen schon jetzt Konflikte an. Zwar sollen umweltschäd-

■ **Von Munib Agha**
Vorsitzender



liche Subventionen abgebaut werden, doch der dadurch freiwerdende Betrag wird nicht ausreichen, um die versprochenen Ausgaben zu finanzieren. Da die FDP weder Steuern erhöhen möchte noch die Schuldenbremse lockern will, wird die Finanzpolitik bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen einer der größten Knackpunkte sein. Dennoch können wir sehr zuversichtlich sein, dass SPD, Grüne und FDP sich einigen werden und noch vor Weihnachten Olaf Scholz zum Kanzler wählen werden.

■ Termine

		AK sozialöko. Transformation	Infos folgen via Mail	S. 14
09.11.		Jusos		S. 15
10.11.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktversammlung		S. 12
10.11.	19:30	AK gegen Rechts	August-Bebel-Haus	S. 14
16.11.	20:00	Distrikt Innenstadt: Jahreshauptversammlung	Nebenraum Kulisse	S. 11
16.11.	19:00	Distrikt Ost: Jahreshauptversammlung	Brückenpaulus	S. 11
16.11.		Jusos		S. 15
17.11.	15:00	AG 60plus	Nebenraum Thalemühle	S. 14
17.11.		Redaktionsschluss für Monatsspiegel Dez. 2021/Jan 2022		S. 10
21.11.	12:00	Distrikt Tennenlohe: Gänseessen	Schlössla	S. 12
24.11.	20:00	Distrikt Süd: Distriktversammlung	Bürgertreff Berliner Platz	S. 11
24.11.	20:00	Distrikt West: Distriktversammlung	Güthlein	S. 13
25.11.	20:00	Kreismitgliederversammlung	via WebEx	S. 3
08.12.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktversammlung	Schlössla	S. 12
22.01.	10:00	Workshop: Kommunalwahlergebnisse		S. 6

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Geschäftsführer: Christian Wonnerth
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag 12:00 bis 16:00 Uhr
 Dienstag bis
 Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr
 sowie nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführerin:
 Katja Rabold-Knitter
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten:

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 16:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr),

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
 Monika Fath-Kelling, Claudia Butt, Redaktion Rathaustelegramm, Wolfgang Niclas, Martina Stamm-Fibich, Munib Agha, Katrin Hurle, Volker Lang, Nils Dörner

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Zusammenfassung der FES-Studie:

„Verlassen von der Arbeiter:innenklasse – Die elektorale Krise der Sozialdemokratie und der Aufstieg der radikalen Rechten“

Von Tarik Abou-Chadi, Professor am Nuffield College der Universität Oxford

1. Sozialdemokratische Parteien in Westeuropa haben in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts in historischem Ausmaß Wähler*innen verloren. Gleichzeitig verzeichnen rechtsradikale Parteien nie dagewesene Wahlerfolge. Dies führte zur Herausbildung des gängigen Narrativs, dass sozialdemokratische Parteien ihre Wähler*innen aus der Arbeiterklasse an Parteien der radikalen Rechten verloren hätten, weil sie in der wirtschaftspolitischen Dimension nach rechts („Dritter Weg“) oder in der kulturellen Dimension nach links („Identitätspolitik“) gerückt seien. Sowohl die Annahmen, von denen dieses Narrativ ausgeht, als auch die darauf aufbauenden Aussagen sind unzutreffend.

2. Die Arbeiterklasse im Westeuropa des 21. Jahrhunderts ist kein monolithischer Block weißer Männer mit autoritären und nationalistischen Einstellungen. Ein erheblicher und wachsender Teil der Arbeiterklasse ist weiblich und hat einen Migrationshintergrund. In Fragen wie LGBTQ*-Rechten und Zuwanderung vertritt ein großer Teil der Arbeiterklasse progressive Positionen.

3. Die radikale Rechte ist nicht die neue Heimat ehemaliger sozialdemokratischer Wähler*innen. Rechtsradikale Parteien gewinnen zwar überproportional mehr Unterstützung von Wähler*innen aus der Arbeiterklasse, sollten aber keinesfalls als neue Arbeiterparteien charakterisiert werden. Nur ein kleiner Teil der westeuropäischen Arbeiterklasse unterstützt die radikale Rechte. Zudem zählte nur ein kleiner Teil der heutigen radikal rechten Wählerschaft zuvor zur Anhängerschaft sozialdemokratischer Parteien.

4. Sozialdemokratische Parteien verlieren ihre Wähler*innen nicht vornehmlich an rechtsradikale Parteien. Daten aus unterschiedlichen Quellen und aus verschiedenen Ländern in

Westeuropa zeigen, dass nur eine kleine Minderheit ehemaliger sozialdemokratischer Wähler*innen sich radikal rechten Parteien zuwendet. Sozialdemokratische Parteien haben die meisten Wähler*innen an Grüne Parteien und christdemokratische oder konservative Parteien verloren.

5. Der Verlust der (weißen) Arbeiterklasse ist nicht der auslösende Faktor für die Stimmenverluste sozialdemokratischer Parteien. Überproportional hoch sind die Stimmenverluste sozialdemokratischer Parteien viel-

mehr in der gebildeten Mittelschicht. Der Löwenanteil der Wähler*innen mit höheren Bildungsabschlüssen ist von sozialdemokratischen Parteien zu grünen und sozialliberalen Parteien abgewandert. Diesen Parteien gelingt es besonders gut, diese wachsende Wählergruppe für sich zu gewinnen, indem sie vor allem bezüglich der kulturellen Dimension progressivere Positionen anbieten als sozialdemokratische Parteien.

6. Sozialdemokratische Parteien laufen Gefahr, dass sich diese Entwicklung weiter verschärft, wenn sie sich linksnationalistische Strategien zu eigen machen – wenn sie also in der kulturellen Dimension nach rechts schwenken. Solche politischen Positionen verprellen potenzielle und ehemalige Wähler*innen, die stattdessen ihre Stimme progressiveren Parteien geben. Zentristische Strate-

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, 25. November, 20 Uhr, Online

FES-Studie: Verlassen von der Arbeiter:innenklasse?

Zur November-Kreismitgliederversammlung haben wir Tarik Abou-Chadi, Mitverfasser der Studie „Verlassen von der Arbeiter:innenklasse?“, eingeladen. In der Studie befassen sich die Autor:innen mit der Krise der Sozialdemokratie und setzen sich im speziellen mit der These, Sozialdemokratische Parteien würden besonders stark an rechtsradikale/rechtspopulistische Parteien Wähler:innen verlieren, auseinander. Diese These wird von den Autor:innen widerlegt. Eine Zusammenfassung zur Studie findet ihr auf Seiten 3 und 4.

Als Tagesordnung schlagen wir euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Schwerpunktthema: FES-Studie „Verlassen von der Arbeiter:innenklasse?“
3. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaft
4. Verschiedenes

Meeting-Link: <https://kurzelinks.de/g47z>

Meeting-Kennnummer: 998 661 588

Über Telefon beitreten +493025993993

Zugriffscodes: 998 661 588



Munib Agha

Sandra Radue

gien (auf beiden Dimensionen) können die Wahlchancen sozialdemokratischer Parteien schmälern und auch ihr ideologisches Profil verwässern. Mittelfristig führt dies dazu, dass Wähler*innen sich Parteien zuwenden, die sich in einer der beiden politischen Dimensionen eindeutiger positionieren.

7. Neu-Linke-Strategien und Alt-Linke-Strategien finden bei potenziellen sozialdemokratischen Wähler*innen den meisten Zuspruch: Experimentelle Daten und Befragungsdaten zeigen, dass potenzielle sozialdemokratische Wähler*innen alt-linken und neu-linken Programmen gegenüber Strategien der politischen Mitte und linksnationalistischen Strategien den Vorzug geben. Der vielversprechendste Weg in die Zukunft für sozialdemokratische Parteien ist nach unserer Analyse und mit Blick auf die Dilemmata, vor denen diese Parteien stehen, eine Kombination von Alt-Linken-Strategien und Neu-Linken-Strategien.

Link zur Studie:

<https://kurzlinks.de/31yh>

Bericht zur Kreismitglieder- versammlung am 21. 10.

■ **Von Sandra Radue**
Vorsitzende



Bei unserer KVM zum Thema Rechts-extremismus am 21.10. war unser Referent, der BR-Journalist Jonas Miller extra aus München angereist, um über rechte Strukturen in Bayern zu informieren. (Informationen zu Jonas Miller unter www.jonas-miller.de). Nach einer kurzen Einführung in die Entwicklung der Strukturen in Bayern beleuchtete Jonas Miller die Fränkische Aktionsfront, ihre Versuche, die NPD in Bayern zu übernehmen, die Gründung des Freien Netz Süd und nach deren Verbot die Gründung der Partei Der Dritte Weg. Dabei spielen NS-Verherrlichung und Gewaltbereitschaft eine große Rolle.

Vorrangig spielt für den Dritten Weg die „Politik auf der Straße“ eine große Rolle, zum Teil wird aber auch versucht, kommunale Parlamente zu besetzen – bisher glücklicherweise ohne Erfolg. Auch bei der Bundestagswahl trat der Dritte Weg an und erhielten in Sachsen und Bayern 7.830 Stimmen (in Erlangen 61 Stimmen).

Die NPD, die wenig aktiv in Bayern ist, spielt dagegen nur noch eine untergeordnete Rolle und hat mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen. Auch aufgrund der Tatsache, dass keine Mandate errungen werden konnten, sind Aktionen nur noch wenig zu beobachten. Allerdings erhielten sie allein in Bayern bei der Bundestagswahl 5768 Stimmen (in Erlangen 102). Jonas Miller stellte wichtige Akteure der Szene vor und beleuchtete ihre Strategien

Die Identitäre Bewegung, 2013 in Frank-

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im November Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!



- 02.11. Angelika Veelken
66 Jahre
- 02.11. Gerd Worm
60 Jahre
- 03.11. Friedrich Drechsler
77 Jahre
- 03.11. Gerhard Carl
73 Jahre
- 03.11. Hans Jürgen Schäfer
76 Jahre
- 03.11. Ruth Sych
88 Jahre
- 04.11. Franz Höfer
71 Jahre
- 04.11. Herbert Hummich
84 Jahre
- 04.11. Marianne Vittinghoff
78 Jahre

- 08.11. Christine Bauer
69 Jahre
- 08.11. Rosemarie Pfister
88 Jahre
- 09.11. Günter Hellriegel
80 Jahre
- 11.11. Anne Reeh
74 Jahre

- 13.11. Wolfgang Peter
71 Jahre
- 19.11. Anton Neubauer
82 Jahre
- 20.11. Klaus Speicher
74 Jahre
- 21.11. Kai Sengpiel
60 Jahre
- 22.11. Lutz Reyher
94 Jahre
- 23.11. Afsaneh Saboni
60 Jahre
- 23.11. Axel Graemer
71 Jahre
- 25.11. Dagmar Paliwal
79 Jahre
- 27.11. Friedrich Schrenk
80 Jahre
- 28.11. Barbara Thaler
73 Jahre
- 28.11. Erich-Herbert Mondon
82 Jahre
- 29.11. Herdith-Grete Coerlin
71 Jahre

reich entstanden, tritt recht bürgerlich, jung und poppig auf und versucht, alte Nazi-Klischees zu vermeiden. Sie setzen auf die sozialen Medien und verkaufen sich als Patrioten und „Ethnopluralisten“. Oft werden sie von den Medien als „Nazi-Hipster“ verharmlost. Einige führende Personen sind aus Franken.

Rechter Terror ist in Deutschland alltäglich und wird immer militanter, was Jonas Miller anhand von drei Ereignissen belegt: Die Gruppe Somogyi war eine Gruppe, die die Herbeiführung bürgerkriegsähnlicher Zustände und die Planung von Anschlägen auf Politiker*innen, Muslim*innen und Asylsuchende auf der Tagesordnung hatten. Feuerkrieg Division ist eine Chatgruppe, die konspirativ und gewaltbereit rechte Attentate analysierte und plante einen Anschlag auf eine Synagoge oder eine Moschee auszuüben. Zudem soll die Demokratie abgeschafft werden. Susanne G. verschickte Briefe mit Munition und Drohschreiben an Kommunalpolitiker*innen und islamische Gemeinden und spionierte Polizeibeamte aus. Nach einer ersten Festnahme tauchte sie unter und beschaffte sich Waffen und Sprengstoff und plante Anschläge. Sie stand in Kontakt mit führenden Personen des NSU.

Im Zuge der Corona-Pandemie wurden Querdenker-Demos und Corona-Rebellen von Nazis organisiert bzw. unterwandert. Viele Aktive stammen aus der rechtsextremistischen Szene. Die Querdenken-Partei „Die Basis“ erhielt in Bayern ca. 150.000 Erst- und 130.000 Zweitstimmen bei der Bundestagswahl und fördert Verschwörungstheorien unter Missachtung wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Grundsätzlich ist in Bayern noch eine starke zivilgesellschaftliche Gegenbewegung zu beobachten, die sich den

Neo-Nazis in den Weg stellt und bei Kundgebungen und Aufmärschen Gegendemonstrationen organisiert. In vielen ostdeutschen Bundesländern ist die Situation deutlich angespannter. Deshalb gilt es, wachsam zu sein und Empörung zu äußern und dabei nicht gleichgültig zu werden.

In der anschließenden Diskussion wurde kritisch angemerkt, dass von Seiten der Sicherheitsbehörden oft die Einzeltäter-These propagiert wird. Ein Problem sei auch die Unkenntnis von Mechanismen in den Sozialen Netzwerken durch Behörden. Die Zukunft des Verfassungsschutzes wurde ebenso diskutiert wie die Ausbildung von Polizei und Bundeswehr und eine Sensibilisierung bezüglich Faschismus, Antisemitismus und Rassismus. Auch die Gesetzgebung in Bezug auf die Verschärfung von Straftatbeständen bei Rassismus kam spät. Angemerkt wurde auch, dass Antifaschist*inne bedroht werden und auch zum Teil von Behörden noch Steine in den Weg gelegt bekommen. Jonas Miller informierte in diesem Zusammenhang auch über die Anti-Antifa-Arbeit der Neo-Nazis.

Es wurde zudem angemerkt, wie weit verbreitet Alltagsrassismus bereits sei und wie man darauf hinweist sowie bereits so früh wie möglich für eine entsprechende Sensibilisierung sorgen müsse.

Auch die Rolle der Medien in Hinblick auf Berichterstattung über rechte Bewegungen und ob eine „ausgewogene“ Berichterstattung erfordert, Neo-Nazis zu Wort kommen zu lassen, wurde angesprochen.

Danke an Jonas Miller, der mit seinem fundierten Vortrag eine lebhaftere Diskussion ermöglichte und sein breites Recherchematerial mit uns teilte.

die Liste erneut in den Bundestag ein. Er ging auch auf die besonders starken Stimmbezirke für die SPD in Erlangen ein und stellte die wichtigsten Wählerwanderungen vor.

Er konstatierte, dass die Stimmenzahl für die AfD in den Bundesländern mit starker AfD-Präsenz zurückgegangen sei. Die SPD konnte insbesondere bei älteren Menschen Stimmen gewinnen. Munib erläuterte, welche Kompetenzen der SPD zugeschrieben werden und für die Wahlentscheidung relevant waren: Das Thema soziale Sicherheit steht hier an erster Stelle.

Der neuen SPD-Fraktion gehören erfreulich viele Jusos an.

Aussprache:

Nach dem Vortrag erfolgte eine lebhaftere Aussprache über das Wahlergebnis und den daraus folgenden Möglichkeiten einer Regierungsbildung.

Als Faktoren für den Wahlerfolg wurden genannt:

- Die Partei trat geschlossen auf
- Gelassener und erfahrener Kandidat, der als Garant für Stabilität gesehen wird.
- Gute Arbeit der SPD-Minister*innen und der SPD-Fraktion
- SPD garantierte soziale Absicherung in der Pandemie (Kurzarbeit, Öffnung SGB II...)
- Gestärktes soziales Profil der SPD
- Gerade bei Rentner*innen konnte die SPD Vertrauen zurückgewinnen
- Fehler aus der Vergangenheit wurden glaubwürdig ausgebessert
- Sachliches, inhaltliches Agieren im Wahlkampf mit klar formulierten Kernthemen
- Fleißiges Wahlkampfteam
- Begünstigt wurde der Erfolg durch die Schwäche der Konkurrenz

Lokal hätte sich das Ergebnis möglicherweise durch Haustürwahlkampf weiter verbessern lassen.

Bei Jungwähler*innen schneidet die SPD jedoch nicht so gut ab, diese bevorzugen häufig die FDP und die Grünen. Die Popularität der FDP insbesondere bei jungen Männern liegt möglicherweise an einer großen Klientel mit Migrationshintergrund, die mangels anderer beruflicher Alternativen zur Gründung von selbstständigen Existenzen neigt und dadurch von der FDP angesprochen würde. Zudem kommt das von der FDP stark gespielte Thema der Digitalisierung bei jungen Menschen sehr gut an.

Bericht zur Kreismitgliederversammlung am 21. 10.

■ Von Andreas Macher

Am 30.9.21 trafen sich im Sportheim der Spielvereinigung ca. 30 Mitglieder zur ersten Kreismitgliederversammlung

nach der Bundestagswahl.

Zu Beginn stellte der Kreisvorsitzende Munib Agha kurz die Wahlergebnisse dar. Die SPD ging als stärkste Kraft aus der Bundestagswahl hervor. Obwohl Erlangen bedauerlicherweise das Direktmandat nicht gewonnen hat, zieht die Kandidatin Martina Stamm-Fibich über

Eine Ampelkoalition wurde intensiv diskutiert. Einige sprachen sich für diese Option aus. Besonders in gesellschaftspolitischen Belangen erscheint sie sehr vielversprechend. Schwieriger dürfte es in der Sozialpolitik sowie bei der Kombination von Klimaschutz und sozialer Frage werden. Es wird jedoch auch das Potential gesehen, im Bereich Klimaschutz das Beste aus allen Programmen zu verbinden.

Ein Mitglied betonte die möglichen politischen Schnittmengen mit der FDP u. A. in der Außenpolitik.

Ein weiteres Mitglied meinte, man könne die von der FDP angestrebte Förderung und Vereinfachung der Betriebsgründungen ja auch aus sozialdemokratischer Sicht befürworten.

Das Verhältnis zu den Grünen wurde durch Olaf Scholz bereits durch den Begriff „industrieller Wandel“ geprägt. Bei den Grünen wird es darauf ankommen, wie weit sie zur Umsetzung u. A. der Energiewende und allgemein großer Infrastrukturprojekte wie z. B. das ICE Werk bereit sind, Eingriffe in die Natur zuzulassen.

Ein Mitglied regte an, die FDP gegen die Union als dritten Koalitionspartner auszuspielen. Das fand aber wenig Zustimmung.

Gegenargumente gegen die erneute Auflage einer GroKo sahen die Mitglieder in folgenden Punkten:

- SPD macht sich durch neue GroKo unglaubwürdig
- Union ist in ihrem derzeitigen Zustand nicht regierungsfähig.
- Union ist nicht progressiv

Die GroKo sollte daher allenfalls als allerletzter Notnagel in Betracht gezogen werden.

Insgesamt sollte eine Koalition immer eine Frage des Inhalts sein. Wichtig ist die Umsetzung der versprochenen Punkte wie der Erhöhung des Mindestlohns sowie der Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem.

Es folgten Anregungen für die weitere Arbeit der SPD: Die Partei solle eine Legende für neue Stammwählerschaften bilden. Wichtig ist auch, die neu gewonnenen Wähler*innen zu halten. Der Elan des Wahlerfolges solle bis zur nächsten Wahl weitergetragen werden.

Es wurde auch diskutiert, ob sich feste Koalitionen durch lockerere Kooperationen ersetzen lassen. Der Einsatz eines Koalitionsvertrages wird jedoch als ein Erfolgsmodell gesehen, der zu wenig

Streit innerhalb der Koalition während der Legislatur führen würde.

Eilantrag für Koalitionsverhandlungen

Zur Abstimmung lag der Eilantrag-Entwurf „Für ein Bündnis mit FDP und Grünen“ des Kreisverbandes ER vor. Nach kurzer Diskussion wurde dessen Behandlung beschlossen. Der Antrag formuliert aus dem Wahlprogramm abgeleitete zentrale Punkte für ein künftiges Ampel-Bündnis und fordert die Parteispitze dazu auf, diese Punkte in den kommenden Verhandlungen in

den Mittelpunkt des Interesses zu stellen. Nach einer Ergänzung wurde der Antrag mit wenigen Enthaltungen angenommen.

Die Kreismitgliederversammlung war sich darin einig, den Antrag an die Parteigremien weiterzuleiten, aber vor Abschluss der Sondierungen noch nicht an die breite Öffentlichkeit zu geben. Vor der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen wäre über eine Veröffentlichung von Seiten des Vorstands neu zu befinden.

Liebe Genoss:innen,

am Samstag, 22. Januar von 10-15 Uhr

findet der Workshop statt auf dem wir uns mit dem Kommunalwahlergebnis beschäftigen möchten und analysieren welche Schlüsse wir daraus ziehen müssen. Dafür haben wir uns Thorsten Kempf, Leiter der Abteilung Statistik der Stadt Erlangen eingeladen. Er wird uns die Ergebnisse zur Kommunal- und Bundestagswahl vorstellen, und uns erläutern, bei welchen Wähler:innengruppen wir besonders gut, und bei welchen wir unterdurchschnittlich abgeschnitten haben. Genaueres zum Ort kündigen wir im Dezember/Januar-Monatsspiegel an.

Vorankündigung des Themas der Januar-KMV: Klimaneutrales Erlangen

Der Stadtrat hat im Zuge der Ausrufung des Klimanotstands beschlossen, dass Erlangen bis 2030 klimaneutral werden soll. Über die anstehenden Herausforderungen, um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auf der KMV am 27. Januar sprechen. Dafür laden wir eine Expertin des Erlanger Umweltamtes ein. Wir werden mit ihr darüber sprechen was sich in Erlangen bereits getan hat (Stichwort Integriertes Klimaschutz Konzept (IKSK)) und was noch vor uns liegt. Eine CO2-Bilanz, wie groß das Erlanger Restbudget noch ist und was erreicht werden muss, damit die Transformation auch gelingt, kann unter folgenden Link nachgelesen werden:

<https://kurzelinks.de/79sq>

Vorankündigung des Themas der März-KMV: Geschlechtergerechte Außenpolitik

Liebe Genossinnen und Genossen, um euch die Möglichkeit zu geben, euch mit etwas größerem zeitlichen Vorlauf schon mal in das Thema der März-KMV einlesen zu können, veröffentlichen wir hier einen Link zum geplanten Thema. So habt ihr auch in den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit, das Thema vorab zu diskutieren:

Positionspapier geschlechtergerechte Außenpolitik:

<https://kurzelinks.de/7nyj>

Leitfragen zum Monatspiegel

Liebe Genoss*innen, im September 2022 wir unser Monatspiegel 50 Jahre alt. Ganz schön in die Jahre gekommen also, unsere Mitgliederzeitschrift. Daher wollen wir uns zum Jubiläum Gedanke darum machen, wie wir ihn etwas modernisieren können. Eine Arbeitsgruppe soll sich dazu

Gedanken machen. Wenn du dabei mitarbeiten willst, melde dich bei sandra.radue@gmx.de.

Damit wir aber nicht an Euch vorbei planen, würden wir uns freuen, wenn Ihr in den Distrikten vorab über folgende Punkte diskutiert:

1. Was findet Ihr gelungen/ interessant/ informativ am Monatspiegel?
2. Über was lest Ihr eher hinweg und würdet es in Zukunft nicht vermissen?
3. Was vermisst Ihr bzw. hättet ihr ger-

ne noch mehr?

4. Würde euch eine digitale Ausgabe reichen oder habt ihr ihn gerne in Papierform vorliegen?

5. Welcher organisatorische Aufwand stellt für euch die Verteilung dar?

Gerne könnt Ihr uns eure Antworten per Mail zukommen lassen (Betreff: Umfrage Monatspiegel). Ausführlich wollen wir im Kreisvorstand am 10. Februar diskutieren, daher wäre eine Befassung vorab im Distrikt oder in der Arbeitsgemeinschaft toll.

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion

Wieder ein Standort für die Hedenus-Mittelschule

Seit Jahren hat die Hedenus-Mittelschule zwei Standorte, in Alterlangen im Schulzentrum West und in Büchenbach im Gebäude der Mönaschule. Für die Schule ist das mit zahlreichen organisatorischen Problemen verbunden, auch die pädagogische Arbeit wird erschwert.

Deshalb soll die Schule mittelfristig wieder ein gemeinsames Schulhaus bekommen, auf ihrem heutigen „Standort Nord“ an der Mönaschule. Dieser Standort bietet die besten Möglichkeiten, für die Schule die optimalen baulichen Voraussetzungen zu schaffen – und beste pädagogische Arbeit braucht auch entsprechende bauliche Bedingungen. Das wiegt auch den Nachteil auf, dass das Herauslösen der Hedenus-Mittelschule aus dem Schulzentrum West z.B. Kooperationen zwischen den weiterführenden Schulen (z.B. gemeinsame Sport- oder musische Angebote) zumindest geographisch etwas schwieriger macht. Denn umgekehrt schafft der neue Standort auch Möglichkeiten, dass die Schule

mit ihren Angeboten in den Stadtteil Büchenbach-Nord wirken kann. Und in Alterlangen wird vor allem für die Hedenus-Grundschule Platz frei, der für Ganztagsangebote benötigt wird.

Allerdings wird es noch etwas dauern, bis die Einhäusigkeit hergestellt werden kann. Das Projekt muss nun eingeordnet werden in das bereits umfangreiche Programm von Schulbauprojekten, hinzu kommt Planungszeit. Im Zuge der Planung wird dabei auch geprüft, wie z.B. bei der Freiraumgestaltung Möglichkeiten für zusätzliche Angebote geschaffen werden können, z.B. Sportmöglichkeiten.

Die Hedenus-Mittelschule braucht aber auch kurzfristig Unterstützung, weil an der Mönaschule – wo sich der gebundene Ganztags befindet – Räume z.B. für Kreativangebote fehlen. Daher hat die SPD gemeinsam mit der CSU beantragt, dafür Lösungen z.B. in Form von mobilen Raumeinheiten zu finden.

Planungen für das CEG- und frühere Hallenbadgelände

Auf die Umgestaltung des Frankenhofs zum „KuBiC“ folgt jetzt ein zweiter

Schritt: Ein Teil des CEG-Schulgeländes soll gemeinsam mit den freigewordenen Teilen des Hallenbadgeländes neu gestaltet werden. Geplant ist, an der Ecke Fahrstraße/Südliche Stadtmauerstraße eine neue Sporthalle als Ersatz für die nicht mehr wirtschaftlich zu sanierende Sponselhalle zu schaffen; der Sportplatz des CEG, der sich bisher an dieser Stelle befindet, rückt nach Osten auf das Hallenbadgelände – anders als teilweise öffentlich dargestellt behält die Schule natürlich weiter einen Sportplatz. Unter der Fläche soll eine Tiefgarage gebaut werden, die Ersatz-Parkplätze für wegfallende Parkplätze rund um den Bohlenplatz schafft – dort soll Barrierefreiheit und mehr Lebensqualität ohne parkende Autos entstehen. Durch eine Neuordnung der Fahrradabstellflächen am CEG soll außerdem der Pausenhof, der bisher in größeren Teilen mit Fahrrädern zugestellt wird, „freigeräumt“ werden, so dass das CEG bei der Umgestaltung insgesamt mehr nutzbare Freiflächen erhält.

Die Planungen, die bisher nur in einer Konzeptstudie auf ihre grundsätzliche Realisierbarkeit geprüft wurden – anders als teils dargestellt gibt es noch keineswegs ausgereifte, konkrete Pläne – sollen nun in einem Architektenwettbewerb ausgearbeitet werden. An diesem wird selbstverständlich auch das CEG als Nutzer beteiligt sein.

Aus dem Bauch gesprochen: False flag und fake news oder eindeutig – uneindeutige Sprache

■ Von Monika Fath-Kelling



Kommunikation durch Sprache allein ist niemals eindeutig. Erst durch weitere Informationen wie Mimik, Körpersprache, Lautstärke, Dringlichkeit im Ton, Sprachmelodie, vor allem aber auch gemeinsame Erfahrungen mit dem Empfänger der Sprachbotschaft, damit verbunden Bildungshorizont, Herkunft, Geschichte, bilden die Botschaft. Mithin kommt eine Art „Gesamtkunstwerk“ beim Empfänger an.

Selbst dann ist aber dem Prekariat der Botschaft noch kein Ende, denn die körperliche und psychische Verfassung des Empfängers verändert die Botschaft abermals.

Wir sehen, Kommunikation ist alles andere als einfach, das Gelingen höchst prekär.

Die effektivste Form der Kommunikation ist das persönliche Gespräch. Nicht etwa zu zweit, sondern in kleiner Gruppe, um die 6 Leute. Zu zweit ist die Entzweigung oft recht nah, weitere Personen können durch ihre Sicht der Dinge manchmal vermittelnd wirken.

Wer jetzt denkt, dass seit der Erfindung von Schrift und Buchdruck die Kommunikation sich vereinfacht und damit vereinfacht habe, der irrt.

Ja, es gibt bestimmte „Standards“, die „problemlos“ das kommunikative Leben vereinfachen, Listen und Aufstellungen zum Beispiel (ich denke gerade an die berühmten Keilschrifttafeln der mesopotamischen Steuerbehörden). Doch langsam mit den jungen Pferden, einem Menschen aus anderem kulturellen Kontext (einem Naturstamm aus dem Urwald, der keine Vorstellung von Zahlen und Mengen in unserem Sinne hat) erschließen sich selbst solche Selbstverständlichkeiten eben nicht! Erst durch gemeinsame Abmachungen und Traditionen gelingt die Vereinfachung der Kommunikation.

Fakt und Folge: Bildung muss her, sonst kann das ganze „Geschreibsel“ in die Tonne...

„Bildung“ als Schlüssel, um eine ver-

„einheitliche“ geistige Grundhaltung zu befördern. Das ging lange Zeit recht gut, vielleicht bis 1789, zumindest für eine supranationale feudale Elite. Die nationalen Bewegungen sind vor allem den folgenden, industriellen Revolutionen geschuldet, und daraus wiederum die „Wir sind das Volk“-Attitüde. (Volk mit eigenem Wert und Anspruch)

Seither versucht eine ebenfalls supranational organisierte Finanzelite, die in die monarchisch-feudalen Fußstapfen des Adels getreten ist, den Korken wieder auf die Flasche zu bekommen. Natürlich erfolglos, denn längst lässt sich ein Mensch gar nicht mehr so viel „bilden“ wie er wissen müsste in einer Welt, die in tausend Stücke zersprungen ist, jedes Einzelne in sich „schön“ und „wertvoll“ und voller internem Wissen und Gewissheiten.

Ein Spiegel wird's nie wieder, obwohl die Finanz- und Machtelite keine Gewissensbisse zeigt, alle Mittel und Methoden einzusetzen, die Vereinheitlichung versprechen.

Mit der Durch-Digitalisierung aller Lebensbereiche erhofft sie sich jetzt, die „letzte Chance“ nicht zu verpassen. Digitalisierung als Züchtigungsinstrument und neue Knute. Das erklärt auch den fulminanten globalen Rechtsruck, denn diese Elite hat klar erkannt, dass Vieldeutigkeit und Vielfalt das „Geschäftliche“ herb erschweren. Deshalb fördert sie alles Recht(skonservativ)e nach Kräften und auf allen Kanälen. (Die Institutionen der monotheistischen

Glaubenssysteme belegen schließlich seit mehr als zwei Jahrtausenden eindrucksvoll die krasse Wirksamkeit des „Eindeutigen“).

Jeder, der sich einwickeln lässt von den vermeintlich einfachen, in ihrer Schlichtheit „wahren“ Aussagen dieser Rechten, der sich polarisiert aufstellen lässt, wird am „Endkampf“, auf den diese Denkmuster zwanghaft zulaufen, mit Schuld tragen.

Wer das nicht will, kommt um das Lob der Verschiedenheit, das Lob der Vielfalt nicht herum. Und um die Vorstellung, dass Wahrheit stets in Echtzeit geschaffen wird, durch das Interagieren von allem mit jedem, ebenso wenig, wie um die Tatsache, dass es keine allein seligmachende Wahrheit gibt, allenfalls ihr Postulat.

Alles ist eben in Fluss... Aber weil alles im selben Strom fließt, kann und muss es nur eine Regel für alle geben: GEWALTFREIHEIT

Gewaltfreiheit als Garant der Vielfalt, die ja schon im Hinblick auf die Evolution und das Prekäre des Lebens an sich, erst die Chancen der längerfristigen Weiterentwicklung von Leben erschafft. Wenn ich meine politische Aufgabe aus dieser Erkenntnis ziehe, dann muss es Ziel sein, die Rechte (oder sollte ich sagen recht(s)gläubige) Szene nicht als Block hoffnungsloser Idioten zu definieren, sie damit in ihrer Feindseligkeit und Wagenburgmentalität bestärken, sondern ihnen den Charme des „Uneindeutigen“, Nicht-Festgelegten, die Lust auf vielfältiges, gesellschaftliches Leben näherzubringen. Auch wenn das gegen den Strich und die eingängigen Parolen zu Gunsten einer kleinen gierigen Priesterschaft des schnellen, vordergründigen Profits gehen mag.

Entsorgung von Zigarettenkippen

■ Von Stefan Barth

In der Oktoberausgabe des Monatsspiegels wurde im Artikel von Peter Schmidt klargestellt, wie mit den Zigarettenkippen im Restmüll verfahren wird – der

Restmüll wird in den Verbrennungsanlagen Bamberg und Coburg verbrannt und die Abgasluft gefiltert und so entgiftet. Was geschieht mit Zigarettenkippen bei Tobacycle?

Zunächst wird aus den Zigarettenkippen unter Beigabe von Kunststoff als Additiv ein Granulat hergestellt. Dieses kann im Spritzgussverfahren oder im 3D-Druck

weiterverarbeitet werden.

Aus dem Granulat werden die Behälter für das Sammelsystem hergestellt. Diese Auffangbehälter sorgen wiederum dafür, dass Zigarettenkippen nicht mehr in Umwelt oder Restmüll landen. Auch die Behälter selbst können vollständig zurück in die Verwertung gegeben werden.

Es entsteht ein geschlossener Wertstoffkreislauf.

Alle enthaltenen Stoffe werden verwertet, auch Asche, Giftstoffe und Papier. Das Ziel ist die rückstandsfreie Verwertung.

Die Fertigung von Produkten aus recycelten Zigarettenkippen wurde bisher noch nicht im industriellen Maßstab umgesetzt. Tobacycle leistet hier Pionierarbeit und benötigen aktuell in erster Linie weiteres Material an Zigarettenkippen und Spenden um die laufenden Materialtests abzuschließen.

Die Lösung

Tobacycle – das Sammelsystem für Zigarettenkippen – hat die Lösungen um Zigarettenkippen direkt nach dem Rauchvorgang zu separieren und zu

sammeln.

Nach dem Sammeln werden die Zigarettenkippen von Tobacycle restlos verwertet – also inklusive Asche und Giftstoffen!

Tobacycle recycelt zu einem spritzfähigen Granulat und stellt hieraus die Behälter für das Sammelsystem her. Alle hergestellten Produkte können wieder vollständig in die Verwertung gegeben werden. Somit entsteht ein geschlossener Wertstoffkreislauf.

Das duale System von Tobacycle holt den Giftstoff Zigarettenkippe aus der Umwelt, macht etwas Nutzbares daraus und löst damit eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit.

Unser Beitrag dazu

Für das Gelingen dieser Aufgabe benötigen Tobacycle unsere Mithilfe für den Dreisprung

Separieren & Sammeln & Spenden von Zigarettenkippen

- Raucher werfen ihre Zigarettenkippen nicht mehr weg, sondern separieren und spenden an Tobacycle über öffentliche Annahmestellen
- Lokale und Gaststätten sammeln die

anfallenden Zigarettenkippen ihrer Gäste und lassen sie kostenlos von Tobacycle abholen

- Unternehmen spenden die Zigarettenkippen aus den Aschenbechern der Raucherplätze und lassen diese kostenlos von Tobacycle abholen.
- Ladengeschäfte, Gaststätten, Unternehmen, Vereine werden zu einer öffentlichen Annahmestelle für Zigarettenkippen
- Städte und Gemeinden spenden ihre Zigarettenkippen aus den öffentlichen Aschenbechern
- Veranstalter halten ihren Untergrund mit unserem PETYC Kippenröhrchen oder TABYC den recycelten Dreh-Ascher sauber

Werden Sie gerne auch Mitglied bei Tobacycle n.e.V. oder unterstützen diesen gemeinnützigen Verein mit einer Spende.

Kontakt: Tobacycle n.e.V., Universitätsstr. 1, 50937 Köln, Tel. 0221-9581 4000

Dazu gibt es für Interessierte Videos mit genauen Erläuterungen unter: <https://tobacycle.de/>

Wer Karlsruhe mit Warschau gleichsetzt, irrt sich gewaltig

■ Von Mark Schuster



Im polnischen, partiell aber auch im deutschen Diskurs wird das Urteil des BVerfG vom 05.05.2020 zur partiellen Verfassungswidrigkeit des PSP-Programms der EZB als qualitativ vergleichbar mit dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom 07.10.2021 eingestuft. Das polnische Urteil knüpfe insoweit lediglich an die gefestigte Rechtsprechung des BVerfG an. Dem ist auch juristischer Sicht jedoch aus verschiedenen Gründen deutlich zu widersprechen, die an dieser Stelle knapp wiedergegeben werden sollen.

Im Ergebnis stellt das polnische Urteil – anders als das deutsche – mit der sehr pauschalen Absage an den Vorrang des Europarechts einen Grundpfeiler der europäischen Integration in Frage, so dass ernsthafte Zweifel bestehen, ob Polen weiterhin der EU verbleiben kann.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Unterschiede:

1 In seinen Leitsätzen stellt das polnische Gericht die Verfassungswidrigkeit zentraler primärrechtlicher Normen (Art. 1 & 19 EUV) fest und stellt den etablierten Vorrang des Europarechts im Hinblick auf die polnische Verfassung prinzipiell in Frage. Das Bundesverfassungsgericht akzeptiert hingegen in ständiger Rechtsprechung den Vorrang auch vor der Verfassung und hat in sei-

nem Urteil lediglich einen einzelnen sekundären Rechtsakt einer EU-Institution für ausnahmsweise ultra-vires eingestuft.

- 2 Mit der Verfassungswidrigkeitserklärung primärrechtlicher Regelungen betritt das polnische Verfassungsgericht juristisches Neuland. Das hat es noch in keinem Mitgliedstaat gegeben, zumal hier mit Art. 1 EUV auch noch ein zentraler Artikel betroffen ist. Dogmatisch ist das in jedem Fall sehr zweifelhaft. Jedenfalls ging es beim Urteil des BVerfG nicht um Primärrecht, sondern ein sekundärrechtliches Ankaufprogramm.
- 3 Das polnische Verfassungsgericht knüpft an keine etablierte und begrenzte Vorbehaltsdogmatik an und entwickelt eine solche auch in diesem Urteil nicht. Ohnehin fällt das Urteil gerade im Vergleich zum BVerfG-Urteil durch seine Begründungsarmut aus. Es geht damit, anders als beim BVerfG, nicht darum, das Europarecht in seinem Vorranganspruch

in einem Kooperationsverfahren mit den Vorgaben der nationalen Verfassung in Einklang zu bringen und zu versöhnen. Vielmehr wird (beinahe ein wenig trotzig) ein pauschaler Vorrang der polnischen Verfassung postuliert. Es wird nicht einmal versucht, diesen Verfassungsvorrang seinerseits auf bestimmte Konstellationen (etwa nationale Identität) zu begrenzen und damit nicht absolut zu setzen.

- 4 Dabei geht es, anders als beim BVerfG, nicht um einen einzelnen Akt einer einzelnen EU-Institution. Vielmehr wird der Vorrang des Europarechts umfassend und für alle Bereiche im Hinblick auf die Verfassung ausgeschlossen. Entgegen der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit betrifft dies also keineswegs nur den Bereich des Rechtsschutzes. Das war beim BVerfG ganz anders: Hier ging es nur um das PSP-Programm; erfasst wurden ausdrücklich nicht einmal andere, zukünftige Ankaufprogramme.
- 5 Darüber hinaus werden die Bestimmungen des EUV durch das polnische Verfassungsgericht auch insoweit als verfassungswidrig eingestuft, als sie der Republik Polen es nicht mehr ermöglichen „als souveräner und demokratischer Staat“ zu funktionieren. Was das bedeuten soll, ist völlig unklar und letztlich der freien Auslegung der polnischen Regierung zugänglich. Streng interpretiert kann sich die polnische Regierung damit gegen jede Verpflichtung stellen, die aus dem Europarecht folgt. Das wäre nichts weniger als das Ende der EU als Rechtsgemeinschaft. Aus der supranationalen Organisation würde ein schwacher Staatenbund. Erneut findet sich nichts Vergleichbares in dem Urteil des BVerfG.
- 6 Das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts wirkt vor allem in die Zukunft und kann und soll gegen künftige Urteile des EuGH und sonstige Handlungen der EU genutzt werden. Das dürfte auch der Grund sein, warum die polnische Regierung selbst dieses Urteil beantragt hat. Das Urteil des BVerfG bezog sich aus-

drücklich nur auf das PSP-Programm der EZB und hat andere Ankaufprogramme explizit ausgenommen. Es wirkt also eher in die Vergangenheit. Nachdem der Disput bzgl. der Verhältnismäßigkeit des PSP-Programms nunmehr beigelegt ist, entfaltet es daher keine unmittelbare Wirkung mehr. Wie in kommenden Urteilen entschieden wird ist offen. Die etablierten Vorbehalte wurden einmalig aktiviert, im Übrigen bleibt der Vorranganspruch des Europarechts völlig unangetastet und zwar auch und gerade aus der Sicht des BVerfG.

- 7 Das polnische Verfassungsgericht wehrt sich gegen jede Form der vermeintlichen Übergriffigkeit der EU im Allgemeinen und des EuGH im Besonderen. Demgegenüber fordert das BVerfG explizit eine schärfere Kontrolle durch den EuGH und wird sich dann wieder auf seine Reserverolle zurückziehen. Wie auch immer man zu dem Urteil des BVerfG steht: Es ist jedenfalls nicht gegen die institutionelle Ordnung der EU gerichtet, will diese vielmehr in ihrer gewaltenteilenden Ausprägung gestärkt wissen.
- 8 Im Hinblick auf die Ausgestaltung des nationalen Justizsystems leugnet das polnische Verfassungsgericht letztlich jede Kompetenz der EU. Das ist in dieser Form praktisch nicht haltbar, da die polnischen Gerichte Bestandteil des europäischen Gerichtsverbundes sind und in diesem Rahmen als funktionelle Unionsgerichte tätig werden. Nicht unabhängige nationale Gerichte sind aus diesem Grund mit dem europäischen Rechtsstaatsprinzip nicht vereinbar, weshalb eine solche Organisation der nationalen Gerichtsbarkeit durch die EU sanktioniert werden kann und muss. Es geht dabei um fundamentale Prinzipien, deren Vorliegen vor einem EU-Beitritt einen solchen verhindern würden. Beim BVerfG ging es hingegen um sehr technische Fragen der Währungsunion, die letztlich das Fundament der EU als solches von vornherein nicht bedrohen. Tatsächlich hatte das Urteil des BVerfG nicht einmal ernsthafte Auswirkungen auf die Währungsunion oder die Handlungsfähigkeit der EZB.
- 9 Das polnische Verfassungsgericht spricht den nationalen RichterInnen die etablierte Befugnis ab, die Europarechtskonformität nationaler

Maßnahmen selbst zu überprüfen und entgegenstehende Bestimmungen außer Acht zu lassen. Das ist ein weiterer fundamentaler Eingriff in grundlegende Prinzipien des europäischen Gerichtsverbunds und die Rechtsgemeinschaft. Nichts davon findet sich (natürlich) in der Entscheidung des BVerfG.

- 10 In diesem Zusammenhang untersagt das polnische Verfassungsgericht den nationalen RichterInnen auch die Anwendung ersetzten nationalen Rechts, soweit das neue ersetzende Recht europarechtswidrig sein sollte. Auch das schädigt die Rechtsgemeinschaft massiv mit Wirkung in der Zukunft; die EU könnte nicht mehr als supranationale Organisation angesehen werden. In der Entscheidung des BVerfG findet sich dazu nichts.

Im Ergebnis kann man festhalten: Unabhängig davon, wie man zu dem Urteil des BVerfG steht, hat das polnische Urteil eine völlig andere Qualität. Es rüttelt an den Grundfesten der europäischen Integration, beeinträchtigt in massiver Weise die Funktionsfähigkeit des supranationalen europäischen Gerichtsverbunds und wirkt in dieser Hinsicht vor allem in die Zukunft. Mit der pauschalen Ablehnung des Vorrangs des Europarechts ist europäische Integration in ihrer bisherigen Form nicht mehr möglich. Streng genommen ist ein Verbleib Polens in der EU unter diesen Umständen nicht mehr denkbar, die EU wäre nichts mehr als ein schwacher Staatenbund (wie der Deutsche Bund von 1815-1866). Das Urteil des BVerfG hingegen stellt keinen der etablierten Grundsätze in Frage, auch und gerade den Vorrang des Europarechts nicht, sieht die EU lediglich in einem sehr speziellen und zukünftig kaum relevanten Feld außerhalb ihrer Kompetenzen. Anders gewendet: Die Integration wird in einem Fall generell praktisch unmöglich, während im anderen Fall lediglich punktuelle Korrekturen eingefordert werden, ohne die Grundprinzipien anzutasten. Der Disput zwischen dem EuGH und dem BVerfG lässt sich auflösen, derjenige zwischen dem polnischen Verfassungsgericht und der EU (und dem EuGH) nicht – jedenfalls nicht juristisch. Formal gesehen muss dieses Urteil noch durch die polnische Regierung veröffentlicht werden. Bis dahin hat es keine formale Rechtskraft. Der politische Schaden ist unabhängig davon aber bereits eingetreten.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Dezember 2021/Januar 2022
17. November 2021

Liebe Distriktsmitglieder
Für die November Sitzung am

16.11. 2021 um 20 Uhr im Nebenraum der Kulisse

ist unsere

Jahreshauptversammlung mit Wahl

vorgesehen. Unsere Distriktsführung, die über die Coronazeit kommissarisch im Amt geblieben ist, bedarf der „Erneuerung“ durch Wahl. Die Rückschau

auf 2020 bzw 2021 und die Abwicklung der Neuwahl des Distriktsvorstand bilden den Hauptpunkt unserer Tagesordnung. Im Anschluß sind noch Erläuterungen der Fraktion zum städtischen Haushalt, Neues vom Stadtteilbeirat und Sonstiges vorgesehen...

Ich bitte daher per Mail, Post oder Anruf an mich um eure Vorschläge/Kandidaturen für die Besetzung unseres Vorstands für die kommenden zwei Jahre. Mit der erinnernden Einladung zur Sitzung per Mail bekommt ihr dann noch eine „ausgefeilte“ Tagesordnung. Mit freundschaftlichen Grüßen

Monika Fath-Kelling für den Vorstand.

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossin, lieber Genosse,
hiermit lade ich dich herzlich zu unserer

Jahreshauptversammlung mit Wahlen ein, die am Dienstag, den 16. November um 19 Uhr beim Brückenpaulus (Schronfeld 74)

stattfindet. Für die Sitzung schlage ich euch folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung
2. Wahl der Mandatsprüfungs- und

Zählkommission

3. Rechenschaftsbericht
4. Wahl des/der neuen Vorsitzenden
5. Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden
6. Wahl der/des KassierIn
7. Wahl der/des SchriftführerIn
8. Wahl der BeisitzerInnen
9. Wahl der Revisoren/Revisorinnen
10. Nominierung der VertreterInnen im Kreisvorstand der SPD Erlangen
11. Anträge
12. Sonstiges und Termine
13. Schlussworte der/des neuen Vorsitzenden

Mit solidarischen Grüßen
Munib

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agma@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere nächste Sitzung findet statt

am Mittwoch, den 24.11., um 20 Uhr im Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Stadtteilbeirat
2. Bericht aus dem Stadtrat

3. Diskussion über ein festzulegendes aktuelles politisches Thema
4. Sonstiges

Wir freuen uns auf Dein Erscheinen. Da wir leider immer noch in einer Pandemie leben, müssen wir das Hygienekonzept des Bürgertreffs unbedingt beachten. Dieses sieht u. a. die Einhaltung der 3-G-Regel vor.

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Richter
Vorsitzender

■ Distrikt Süd

Vorsitzender:

Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

■ **Distrikt Tennenlohe**

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

am Mittwoch, 10.11.2021, 19.00 Uhr Ort: noch un- bestimmt

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles.
- 2) Pläne des GKV zur Umstrukturierung der Distrikte
- 3) Sitzbankradar
- 4) Bericht vom Gespräch mit Sontowski-Care
- 5) Weitere Ideensammlung zum Jubiläum 2022
- 6) Tennenloher Bote: weitere Beiträge
- 7) Verschiedenes.

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

P.S.: es gelten die gängigen Hygieneregeln aufgrund der Covid-19-Pandemie

Vorankündigung:

Gansessen am 21.11., 12.00 Uhr, unsere nächste Distriktversammlung soll stattfinden: am 08.12., jeweils Schlossgaststätte.

Nach langer Pause:

Wir laden Euch recht herzlich ein zum Gansessen bei Fritz Klein im „Schlößla“ (d.i. Schloßgaststätte, Schlossgasse 7) Sonntag, den 21.11.21, 12.00 Uhr

Der Distrikt freut sich auf euer Erscheinen und auf gute Gespräche

Bitte kurze Rückmeldung an Rolf Schowalter bis zum 16.11.

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktversammlung vom 13.10.2021

Top 1: Aktuelles

Andreas Bammes berichtet, dass er im Stadtrat nach dem Ausscheiden von Anette Christian die Aufgabe des sozialpolitischen Sprechers übernommen hat. Weiterhin wird er im Sprecherbereich für Feuerwehr, Sicherheit und Ka-

tastrophenschutz in Erlangen tätig sein. Wir freuen uns für das Vertrauen, das Andreas im Stadtrat entgegengebracht wird, und hoffen, dass die hohe Aufgabenbelastung sich nicht negativ auf sein Studium auswirkt.

Rolf berichtet über die Planung zur Errichtung eines Kunstwerks von Dieter Erhard im Tennenloher Weiher. Zurzeit laufen Anträge zur Finanzierung und Aufstellungsgenehmigung. Da Dieter Erhard viel für den Ort Tennenlohe bewirkt hat, sind Erwerb und Präsentation eines Kunstwerks von ihm als durchaus positiv zu beurteilen.

Bei der letzten KMV wurden Anträge gestellt, die feste Bedingungen für die Koalitionsverhandlungen mit FDP und den Grünen einfordern sollten. Rolf berichtet, dass er diesem Anliegen widersprochen hat. In der jetzigen Situation unabdingbare Forderungen zu stellen, ist kontraproduktiv. Der Distrikt findet, dass ein Meinungsbild der Basis für die Verhandlungen durchaus sinnvoll ist, dass aber keine Hürden für die Verhandlungen aufgebaut werden sollten. Auch die Idee eines Kooperationsvertrages, wie in der KMV vorgeschlagen, wäre wohl nicht zielführend. Dieser Vorschlag wurde auch mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Top 2: Analyse der Wahlergebnisse

Rolf stellt die Ergebnisse der Bundestagswahl in Tennenlohe in Längs- und Querschnitten inklusive Langzeitentwicklung vor. Martina Stamm-Fibich lag in zwei der vier Bezirke von Tennenlohe - Tennenlohe-Nord und Tennenlohe-Mitte - vor dem CSU-Bewerber. Der Distrikt ist glücklich über diesen Erfolg, auch wenn Martina das Direktmandat nicht erringen konnte.

Die Wahlbeteiligung in Tennenlohe-Nord war sehr hoch: fünfthöchster Wert von 100 Erlanger Bezirken, Tennenlohe-Ost: sechshöchster Wert.

Bemerkenswert sind die Zweistimmenergebnisse der Grünen in allen Bezirken und ihre diesbezügliche Spitzenposition in Tennenlohe-Nord. Erstaunlich, aber voll im Trend, ist die hohe Zahl der Briefwähler/innen, durchweg mehr als 50%. Sehr kritisch wird die Gesamtzahl der AfD-Wähler/innen (4,8%, das sind 139 Personen) gesehen. Was treibt Wähler/innen in unserem Ort dazu, diese Partei zu wählen – wir sind ratlos.

Wilhelm weist darauf hin, dass u.a. durch die hohe Anzahl von Direktman-

daten für die CSU in Bayern der Bundestag unnötig aufgeblasen wird. Wobei die Gesamtzahl der Abgeordneten nicht so hoch angestiegen ist, wie teilweise befürchtet (von 709 auf 736). Nichtsdestotrotz müssen die Weichen für eine künftige Reduzierung gestellt werden. Über die Ergebnisse der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind wir auch sehr erfreut. Zum Schluss der Diskussion erheben wir das Glas auf die Wahlerfolge der SPD und den Wiedereinzug von Martina in den Bundestag.

TOP 3: Koko&Lore

Rolf und Andreas berichten von einem Gespräch der Fraktion mit koko&lore.

TOP 4: Tennenloher Bote

Die nächste Ausgabe des Boten ist für Anfang Dezember geplant, Rolf bittet um Beiträge bis zum 27. November.

TOP 5: Ausflug nach Dinkelsbühl

Mit einer Bilderserie erinnern wir uns an den Ausflug des Distrikts nach Dinkelsbühl. Der Distrikt bedankt sich herzlichst beim Organisator Willi Horn.
Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere nächste Distriktsitzung findet am

**Mittwoch, den 24.11.
um 20 Uhr im Gütlein
(Dorfstraße 14,
Büchenbach) im Großen
Saal**

statt. Diesmal statten uns die im Juli neu gewählten Kreisvorsitzenden Munib Agha und Sandra Radue im Rahmen ihrer Vorstellungstour durch die Distrikte einen Besuch ab. Es wird reichlich Gelegenheit zur Diskussion der Situation im Distrikt geben, Wünsche und Anregungen an den Kreisverband können persönlich an die Vorsitzenden weitergegeben werden.

Wie immer freuen wir uns über zahlreiche Teilnahme! Denkt jedoch bitte an die 3G-Regel und bringt einen entsprechenden Nachweis mit. Mögliche Änderungen der Regelungen werden wir rechtzeitig vorher über den Mailverteiler kommunizieren.
Solidarische Grüße,
Katrin Hurler

Treffen des Distrikts West am 29.9.2021 im Gasthof Gütlein

Drei Tage nach der so erfolgreich für die SPD gelaufenen Bundestagswahl treffen wir uns zur Nachbesprechung. Besonders froh und auch erleichtert sind wir darüber, dass Martina Stamm-Fibich ihre erfolgreiche Arbeit in Berlin fortsetzen kann. Obwohl sie mit Platz 18 einen zu Beginn des Wahlkampfes nicht sehr aussichtsreichen Listenplatz hatte, schaffte sie es dank des respektablen Abschneidens der SPD in Bayern, letztlich ohne Mühe wieder in den Bundestag einzuziehen. Der Distrikt West leistete einen ordentlichen Beitrag zum Wahlkampf vor Ort. Wir waren beim Plakatieren, Austeilen der Flyer und der Konzeption und Besetzung des Infostandes aktiv. Zudem machten wir „Fahrraddemos“ durch den Westen und die Innenstadt. Leider hatte unsere Bundestagskandidatin keine Zeit für Tür-zu-Tür-Wahlkampf, den wir sonst immer sehr erfolgreich durchgeführt haben. Die beiden Vorsitzenden danken den anwesenden Genoss*innen für den Einsatz.

Distrikt West

Vorsitzender:

Katrin Hurler
katrin9290@googlemail.com
Felizitas Traub-Eichhorn

■ Arbeitsgemeinschaften

■ AG 6oplus

Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Freunde der AG 60+

unsere Sitzung im November ist am

17.11. von 15 bis 17 Uhr im kleinen Nebenraum der Thalmühle

vorgesehen. Die genaue Tagesordnung erreicht euch per Mail ein paar Tage vorher.

Ihr alle könntet mir helfen, den Ansprüchen an gute Geschäftsführung gerecht zu werden, indem ihr mir auf eine Mail, die euch in den nächsten Tagen erreichen wird, antwortet. Ich muss die Aktualität und euer Einverständnis euch Mails schicken zu dürfen, in regelmäßigem Abstand abfragen... Bis zum kommenden Treffen alles Gute, Freundschaft!

Monika Fath-Kelling

■ AK gegen Rechts

Sophia Waldmann
David Kaufmann
Munib Agha
Einwahldaten:
<https://meet.spd.tools/AKSozTrafo>

Der AK gegen Rechts trifft sich am

10.11.2021 um 19:30Uhr

im August-Bebel-Haus.

■ AK sozialökologische Transformation

Sophia Waldmann
David Kaufmann
Munib Agha
Einwahldaten:
<https://meet.spd.tools/AKSozTrafo>

Klimaschutz zwischen Gemeinwohl und Einzelinteressen

Bericht: Sophia Waldmann

Für unsere Oktobersitzung hatte sich Floh Janik in den Arbeitskreis eingeladen, um mit uns über Geschwindigkeit zu sprechen.

Die Linie der SPD zur Umsetzung von sozial gerechtem Klimaschutz ist die: Wir setzen durchaus darauf, dass Menschen ihr individuelles Verhalten anpassen. Das erfordert aber, zuerst durch Politik die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass Menschen auf klimaschonende Energie, Verkehr und Ernährung umsteigen können und sogar wollen.

Das Problem: Selbst, wenn politische Einigkeit besteht, geht es zu langsam. Die Planung für einen einfachen Radschnellweg von Herzogenaurach nach Erlangen dauert zurzeit 5 Jahre, mit anschließender Bauzeit von 2 Jahren. Kompliziertere Projekte brauchen noch viel länger und damit definitiv zu lange – egal ob es um Klimaneutralität für 2030, 2035 oder 2045 geht.

Aufgrund von Floh Janiks Input und dem anschließenden Gespräch konnten wir verschiedene Gründe dafür ausmachen.

Eine wichtige Ursache ist die starke Verankerung von individuellen und naturschutzbezogenen Einspruchsrechten, die an verschiedenen Stellen im Pla-

nungsprozess immer wieder geltend gemacht werden können. Dem zugrunde liegt die neoliberale Vorstellung, das beste Ergebnis (auch im Sinne des Gemeinwohls) werde erreicht, wenn nur alle Beteiligten ihre Einzelinteressen durchsetzen können. Im geltenden Recht führt das zu der paradoxen Situation, dass auch umfangreiche planerische Teilnehmungsformate – die ja eigentlich Konflikte vorab lösen und so den Prozess beschleunigen könnten – nichts an den späteren Einwendungsmöglichkeiten ändern und stattdessen verlangsamen wirken, wenn Konflikte bestehen bleiben.

Inhaltlich zeigt der – unabhängig von Teilnehmungsformaten und den Gegebenheiten vor Ort – regelmäßig organisierte Widerstand, dass Klimaschutz bei aller Einigkeit im Abstrakten noch nicht zu Ende diskutiert ist, wenn es um die konkrete Umsetzung geht.

Was also tun?

Um (frei nach Olaf Scholz) das „Industrieprojekt Klimaschutz“ vor Ort umzusetzen, ist deshalb eine Erzählung notwendig, die erfolgreichen Klimaschutz nicht mit den oft propagierten „blühenden Landschaften“ gleichsetzt. Die für Klimaneutralität notwendige Infrastruktur braucht Stromtrassen, Fahrradwege und Straßenbahnbrücken. Die sehen manchmal nicht schön aus oder geraten in Konflikt mit dem Naturschutz. Das macht sie aber nicht

weniger entscheidend. Deshalb müsste es uns gelingen, die Klimaschutzmotivierte Infrastruktur mit Lebensqualität und positiven Zukunftsvisionen zu verknüpfen, die nicht allein auf dem Bild unberührter Natur aufbaut.

Um die Planungsprozesse zu verkürzen, sind aber vor allem auch gesetzliche Änderungen notwendig. Sinnvoll erschienen uns in der Diskussion Planungsverfahren, die

- durch ein verändertes (europäisches) Vergaberecht eine schnellere und bessere Auftragsvergabe für kommunale Projekte zulassen;
- Einspruch ermöglichen, aber diesen kompakter organisieren, so dass nicht die gleichen Anliegen mehrmals auf-

tauchen, wenn sie bereits einmal ordentlich bearbeitet wurden;

- vielleicht auch Ausnahmeregelungen und Erleichterungen für gemeinwohlorientierte und auf den Klimaschutz ausgerichtete Projekte erlauben.

Die hier zusammengefassten und noch ein paar mehr Punkte aus der langen und intensiven Diskussion wollen wir weiterverfolgen: Für Dezember ist eine erste Zusammenfassung der bisher im Arbeitskreis besprochenen Themen geplant. Dann wird sich auch zeigen, welche davon wir weiterbearbeiten und zu politischen Forderungen ausbauen werden. Den Termin dafür geben wir über den KV-Mailverteiler bekannt, sobald er feststeht.

Liebe Jusos,
im November treffen wir uns als Jusos und bereden folgende Themen:

- 09.11.: Alternative Drogenpolitik
 - 16.11.: Jugendpolitik in Erlangen
- Aufgrund der pandemischen Lage ist noch unsicher, ob die Sitzungen in Präsenz oder im digitalen Raum stattfinden.

den. Weitere Informationen und einen möglichen Einwahl-Link oder Adresse der Präsenzsitzung geben wir natürlich auf Slack oder per Mail bekannt.

Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung sowie eine gute, konstruktive Diskussion.

Euer Vorstand

■ Jusos

Vorsitzende:

Mark Schuster

Sophia Waldmann

info@jusos-erlangen.de



sparkasse-erlangen.de/giro

Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag¹.

Mit der Sparkassen-Card überall bequem bezahlen und an rund 23.500 Sparkassen-Geldautomaten in Deutschland und vielen weiteren Geldautomaten weltweit Geld abheben.

¹ Kostenlos für Schüler, Azubi, Studierende bis max. zum 27. Geburtstag, Stand 03/2021



Stadt- und Kreissparkasse

Erlangen Höchstädt Herzogenaurach

Ehrung langjähriger Mitglieder

„In einer Feierstunde am 11. September ehrte der SPD Kreisverband seine langjährigen Mitglieder. Zudem wurde die



Radue und Munib Agha sowie ihre Stellvertreter*innen Philipp Dees und Lisa Kaufmann ehrten zudem weitere Mitglieder für die langjährige Treue zur Partei: für 75 Jahre Andreas Hahn, für 65 Jahre Kurt Steinmüller, für 60 Jahre Anton Neubaier und Martin Böller, für 50 Jahre Manfred Kirscher, Roland Heu-

von Rimscha, Reinhold Eckstein, Gisela Niclas, Alfred Opitz, Hartmut Wiechert, Wilhelm Frank, Heide Wegener, Helmut Aichele, Ursula Rechtenbacher, Günter Rupprecht, Walter Fellermeier, Georg Kugler, Ruth Wissmann, Winfried Stein, Bernd Meyer, Günter Braun, Karin Si-

ehrung des letzten Jahres, welche pandemiebedingt ausfallen musste, nachgeholt. Das Grußwort sprach unsere Bundestagsabgeordnete Martina Stamm-Fibich



mit einer stimmungsvollen Rede zur Bundestagswahl.

Im Rahmen der Ehrungsveranstaltung zeichnete die Erlanger SPD Robert Thaler mit der August-Bebel-Uhr aus. In seiner Laudatio würdigte der ehemalige SPD-Kreisvorsitzende Dieter Rosner die politische Arbeit Thalers, welcher vor allem für sein jahrzehntelanges Engagement im Sport, unter anderem als Vorsitzender des Stadtverbands der Erlanger Sportvereine, bekannt ist. Für die SPD gehörte Robert Thaler 1995 bis 2020 dem Erlanger Stadtrat an, von 2003 bis 2009 war er Kreisvorsitzender.



chel, Günther Popp und Manfred Preuß. Für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden geehrt Karl Wiesent, Ehrhard Peiberg, Ursula Lanig, Mahmut Basak, Uta von Stengel, Renate Haas, Anni Ramming, Gunter Ott, Gerd Antos, Wiebke Schmielau, Gerhard Ertel, Wolfgang Gerold, Sabine Coburger, Udo-Helge Suppan und Zafer Titiz. Für 25 Jahre erhielten Johanna Zwanzig, Stefan Wuttke, Gabriele Bücking, Dirk Goldenstein, Holger Reise, Gunda Gerstenmeyer, Friederike Hirschmann, Christine Bauer, Sandra Radue, Michael Zimmermann, Tobias Raufer, Marga Mittag, Andreas Richter und Vanessa Dittrich eine Ehrung. Für 10 Jahre geehrt wurden Jürgen Theuerkauf, Christian Maurer,



Daneben wurden der Altoberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg und die frühere Bürgermeisterin Ursula Rechtenbacher für ihre 50-jährige Mitgliedschaft in der Partei geehrt. Der neu gewählte Kreisvorstand Sandra

müller, Renate Winter-Rehm, Klaus Mattischeck, Klaus-D. Löw, Reinhilt Häusler, Gerhard Trescher,

Jana Zapala, Merwan Klink, Sebastian Schwinn, Niklas Hauer, Theresa Steinbauer, Juan Felipe Willsch und Katrin Hurle.



Harald Völker, Wolfgang